

Vor dem Untergang

Verbrechen der letzten Kriegssphase 1945



Rede von
Prof. Dr. Ulrich Herbert
auf der Gedenkfeier
Karfreitag 2016

Vor dem Untergang

Verbrechen der letzten Kriegsphase 1945

Am 6. Juni 1944 landeten die Truppen der Westalliierten in Frankreich. Spätestens seit diesem Tag wurde der Führung des NS-Regimes bewusst, dass Deutschland diesen Krieg vermutlich verlieren werde. Und je deutlicher es auf das Kriegsende zuing, desto brutaler wurde das Vorgehen der Sicherheitsbehörden, der Polizei, der Partei und der Wehrmacht nun auch in Deutschland selbst – mit Methoden, die bis dahin vor allem in Polen und der Sowjetunion angewendet worden waren. Viele der Beamten der Gestapo und der Ordnungspolizei, die nun im Reichsgebiet tätig waren, hatten zuvor bei den Einsatzgruppen der SS Dienst getan, die hinter der Ostfront hunderttausende Menschen, ganz überwiegend Juden, erschossen hatten.

So endete der Krieg in Deutschland mit einer beispiellosen Blutorgie der Nationalsozialisten, die sich bis in die letzten Tage und Stunden hinzog. Und in diesem Zusammenhang stehen auch die entsetzlichen Gräueltaten von Dortmund in den Ostertagen des Jahres 1945, an die wir heute erinnern.

Das betraf zum einen die Konzentrationslager. Bei Annäherung des Feindes, so hatte der Reichsführer SS, Heinrich Himmler, schon im Juni 1944 angeordnet, sollten die KZs geschlossen und die Insassen in andere Lager geführt oder, wenn das nicht möglich war, umgebracht werden. Im Januar 1945 waren mehr als 700.000 Häftlinge der Konzentrationslager registriert, von denen ein Großteil angesichts der nahenden Fronten in rückwärtige Konzentrationslager gebracht werden sollte. So mussten sich Zehntausende von Häftlingen in Fußmärschen so schnell wie möglich ins Reichsinnere bewegen. Mehr als die Hälfte der evakuierten Häftlinge, insgesamt vermutlich mehr als 200.000, kam bei diesen Todesmärschen ums Leben, sei es durch Schwäche und Krankheiten oder durch Ermordung.

Die Brutalisierung des Vorgehens der NS-Organen bezog sich aber auch auf die im Sommer 1944 etwa acht Millionen ausländischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen, die in Deutschland Zwangsarbeit leisten mussten. Überall, auf dem Lande und vor allem in den großen Industriezentren, waren ausländische Zwangsarbeiter, im Volksmund „Fremdarbeiter“ genannt, beschäftigt, etwa die Hälfte von ihnen stammte aus der Sowjetunion.

Insgesamt war im letzten Kriegsjahr ein Viertel aller Beschäftigten im Deutschen Reich ein Ausländer (oder eine Ausländerin, denn 50 % der polnischen und sowjetischen Zivilarbeiter waren Frauen). In den Rüstungsbetrieben lag der Anteil der ausländischen Beschäftigten bei etwa 50 Prozent, in manchen Unternehmen waren in der letzten Kriegsphase nur noch wenige Deutsche als Vorarbeiter, Ingenieure oder als Wachleute beschäftigt und die Belegschaft bestand zu mehr als 80 Prozent aus Ausländern. Allein die Zahl der Wohnlager für Ausländer dürfte im ganzen Deutschen Reich bei mehr als 30.000 gelegen haben.

Mit nichts rechneten die Nazis seit Beginn des Ausländer-einsatzes so fest wie mit organisierten Aufstandsversuchen der ausländischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen. Jeder größere Erlass zu diesem Komplex wies einleitend auf die Gefahr bolschewistischen Aufbruchs unter den Ausländern hin. So ausgeprägt war die Furcht vor einem Aufstand vor allem der sowjetischen Arbeiter, die sich womöglich mit deutschen Kommunisten verbünden würden, dass die Wehrmachtsführung bereits im Juli 1943 umfangreiche Sicherungsmaßnahmen vorbereitet hatte, um im Falle eines solchen Aufstands innerhalb kürzester Zeit die in der Heimat stationierten militärischen Verbände als Kampftruppen aufzustellen und die Ausländerlager mit schweren Waffen unter Beschuss nehmen zu können. Diese Vorbereitungen liefen unter der Deckbezeichnung „Walküre“ – und wurden von den Verschwörern des 20. Juli für die Vorbereitung des Aufstands nach dem Attentat auf Hitler genutzt, die unter diesem Deckmantel der Niederschlagung eines Ausländeraufstands relativ gefahrlos die Vorbereitungen für den Einsatz gegen Partei und SS organisieren konnten.

Im November 1944 ermächtigte Himmler die regionalen Leitstellen der Gestapo, Erschießungen von ausländischen Zwangsarbeitern auch selbstständig und ohne Rücksprache mit der Berliner Zentrale anzuordnen. Außerdem war es ihnen erlaubt, unter den Ausländern Geiseln zu nehmen, die bei Anschlägen oder Sabotageverhandlungen zu erschießen seien. Das beziehe sich, so Himmler, „auf fremdvölkische Personen, die zwar als Täter nicht in Betracht kommen, jedoch dem Lebenskreis des Täters angehören.“ Das war bereits eine Art von Blankoscheck für massenhafte Erschießungen.

Je näher nun die Truppen der Alliierten rückten, desto größer wurde die Panik der höheren NS-Funktionäre und besonders der Sicherheitspolizei.

Am 24. Januar 1945 erklärte der in Düsseldorf residierende Chef der Sicherheitspolizei West, Albat, die militärische Lage werde „Elemente unter den ausländischen Arbeitern und auch ehemalige deutsche Kommunisten veranlassen, sich umstürzlerisch zu betätigen“. Die Betroffenen seien „zu vernichten“, und zwar ohne Rücksprache mit höheren Stellen. Das war die Aufforderung zum koordinierten Massenmord.

Diese Erwartung eines Aufstands der ausländischen Zwangsarbeiter, wo möglich in Zusammenarbeit mit deutschen Kommunisten, ging an der Lebenswirklichkeit vor allem der sowjetischen Zwangsarbeiter allerdings vorbei. Die Aktivitäten deutscher Kommunisten gegen das NS-Regime hatten in den letzten Wochen vor Kriegsende wieder zugenommen, wengleich sich ihre Tätigkeit angesichts des enormen Fahndungsdrucks der Gestapo vorwiegend auf die Wiederherstellung von Kontakten und die Vorbereitung auf die Situation nach Kriegsende beschränken musste. Für die Zusammenarbeit zwischen deutschen Kommunisten und sowjetischen Zwangsarbeitern fand die Gestapo trotz intensivster Suche im westdeutschen Raum nicht mehr als zwei Beispiele, und auch die waren wohl eher als Erfolgsnachweis der Gestapo zu verstehen denn als Aufdeckung umstürzlerischer Vorbereitungen.

In der letzten Kriegsphase verschlechterte sich die Lage der ausländischen Arbeiter in den Industrieregionen noch einmal erheblich. Das lag vor allem an den Auswirkungen der Bombenangriffe auf die deutschen Städte. Nach dem Großangriff der britischen und amerikanischen Luftwaffen am 22. und 23. Februar 1945 war der größte Teil der Rüstungsproduktion an Rhein und Ruhr praktisch zum Erliegen gekommen. Mit den Industrieanlagen wurden auch die Arbeitsplätze der ausländischen Arbeiter zu großen Teilen zerstört. Auch wurden die Ausländerlager, wenn überhaupt, als letzte wieder hergerichtet. Die Infrastruktur war zerstört, vor allem die Beschaffung von Lebensmitteln stockte, und da es den sowjetischen Arbeitern untersagt war, bei Bombenangriffen die Schutzbunker aufzusuchen, sodass für sie nur Splitterschutzgräben zur Verfügung standen, war die Zahl der Toten und Verletzten unter ihnen höher als in der deutschen Bevölkerung, zugleich aber die medizinische Versorgung schlechter. Viele Unternehmen verteilten den Ausländern nun einfach Entlassungspapiere, damit sie sich um Unterbringung und Verpflegung der nun überflüssig gewordenen Ar-

beitskräfte nicht mehr kümmern mussten.

Nur noch ein Teil der Ausländer lebte daher seit Mitte Februar noch in halbwegs funktionierenden Lagern und ging mehr oder weniger regelmäßig zur Arbeit. Die meisten waren ausgebombt worden und warteten in den Ruinen der Städte oft unter haarsträubenden Bedingungen auf die Befreier. Da sie sich irgendwie Verpflegung besorgen mussten, gerieten sie sofort ins Visier der Gestapo, die zahlreiche Ausländer, v.a. Ostarbeiter als „Plünderer“ festnahm.

Viele Ausländer versuchten daraufhin, das Ruhrgebiet zu verlassen, auch weil sie die herannahende Front fürchteten. Die Kämpfe bei der Schlacht um die Ruhr in diesen Wochen kosteten mehr als 10.000 deutschen Soldaten das Leben. Einen Ausweg aus dem Ruhrkessel gab es aber nur noch im Osten. So zogen viele ausländische Arbeiter gen Osten, mit dem Ziel, sich in den landwirtschaftlichen Regionen des Umlands, im Bergischen Land, im Sauerland, durchzuschlagen, wo sie hofften, leichter an Lebensmittel heranzukommen.

Dieser unregelmäßige Zustand wurde aber bald von den Behörden unterbunden, die nun ihrerseits daran gingen, die Ausländer, die Arbeitsplatz und Unterkunft verloren hatten, in Richtung Osten zu verlagern, um sie an anderen Stellen wieder als Rüstungsarbeiter einsetzen zu können. Das war die Ausgangssituation für jene Entwicklung im März 1945, als die Gestapo, die nun überall Feinde, Aufstand und Unordnung wahrnahm, immer brutaler und blindwütiger um sich schlug. So zog sich, wie schon zuvor im Raum Köln und Aachen, seit Anfang 1945 durch das ganze Ruhrgebiet eine Blutspur von West nach Ost. In Duisburg hatte die Gestapo am 7. und 10. Februar 1945 24 „Ostarbeiter“, die als „Kowalenko-Bande“ bezeichnet wurden, erschossen. Als dann die Front näher rückte, beschloss die örtliche Polizeiführung, alle Insassen des Polizeigefängnisses, die irgendwelcher Straftaten verdächtig waren, zu erschießen. Am 21. März wurden 38 Häftlinge, darunter mehrere Frauen, in Bombentrichtern des Duisburger Waldfriedhofs von einem Erschießungskommando umgebracht.

Auch in Essen waren im überfüllten Polizeigefängnis zahlreiche Ostarbeiter inhaftiert. Am 11. März 1945 beschlossen der Essener Gestapo-Chef Nöhles und der Leiter der Düsseldorfer Gestapo-Leitstelle Henschke, 35 der hier inhaftierten Ostarbeiter erschießen zu lassen. Sie wurden am darauf folgenden Tag zum sogenannten „Montagsloch“ beim Essener Gruga-Park gebracht und per Genickschuss getötet.

In Burgholz bei Wuppertal wurden eine Woche später,

am 20. März, auf die gleiche Weise 30 Ostarbeiter ermordet.

In Gelsenkirchen erschossen Beamte der örtlichen Kriminalpolizei am 28. März 1945 eine nicht genau bekannte Zahl von Ostarbeitern, Männer wie Frauen, als angebliche Plünderer oder wegen „Unterstützung von Banden“, im örtlichen Stadtwald.

In Bochum befanden sich zahlreiche, vor allem sowjetische Häftlinge in den Haftzellen im (neben der Waschküche gelegenen) Keller der Gestapodienststelle der Bergstraße 76. Zwischen dem 26. März und dem 8. April wurden dann in vier Exekutionen insgesamt mindestens 23 Menschen - 3 Deutsche und 20 Ostarbeiter - in der erwähnten Waschküche und auf dem Friedhof Freigrafendamm liquidiert. Am 5. April hatte im Ostarbeiterlager der Firma Westfalia-Dinnendahl-Gröppel AG an der Bochumer Verkehrsstraße ein flüchtender Ostarbeiter einen Wachmann erschossen. Daraufhin sonderten die Bochumer Gestapo-Beamten 20 bis 30 überwiegend weibliche Ostarbeiterinnen von den übrigen ab und erklärten, dass diese Gruppe als Sühnemaßnahme erschossen werden müsste. Auf Intervention des Lagerleiters wurde diese Gruppe nach und nach verkleinert, bis schließlich fünf sowjetische Mädchen und ein Ostarbeiter übrig blieben, die von den beiden Gestapo-Beamten dann erschossen wurden. Die letzte Hinrichtung in der Waschküche des Gestapo-Hauses fand am 8. April statt, wenige Stunden, bevor sich die Bochumer Gestapo nach Osten zum Treffpunkt der Gestapo-Stellen des Ruhrgebiets in Hemer absetzte.

In Dortmund, wo die Gestapozentrale für das östliche Ruhrgebiet ihren Sitz hatte, erreichte die Hinrichtungswelle der letzten Kriegswochen ihren Höhepunkt. Die Dortmunder Gestapo war Anfang 1944 wegen mangelnder Erfolge im Kampf gegen Widerstandsgruppen unter ausländischen Arbeitern und deutschen Kommunisten von der Berliner Zentrale der Sicherheitspolizei gerügt worden. Sie stand deshalb unter besonderem Bewährungsdruck. Dies war vermutlich einer der Gründe für die besonders hohe Zahl an Morden in dieser Stadt in den Ostertagen 1945.

Nach dem Krieg ermittelte die Staatsanwaltschaft zehn Massenexekutionen von Häftlingen, an denen die gesamte Belegschaft der Dortmunder Gestapo beteiligt war. Das Landgericht bemerkte in seinem Urteil gegen Mitglieder der Dortmunder Gestapo dazu: „In Dunkel gehüllt ist die genaue Zahl sowie der Personenkreis der Opfer. Die grausigen Taten wurden unmittelbar nach der Besetzung

Dortmunds aufgedeckt ... Aus dieser Aufstellung ergibt sich, dass annähernd 230 bis 240 Männer und Frauen den Genickschüssen der Gestapo zum Opfer gefallen sind. Unter ihnen befinden sich als identifizierte Tote die Angehörigen der Dortmunder Widerstandsbewegung, die Angehörigen der in Lippstadt und Meinerzhagen verhafteten kleineren Widerstandsgruppen sowie weitere einzelne von ihren Angehörigen und Fremden erkannte deutsche Staatsangehörige. Den weitaus größten Teil der Opfer aber stellen nach den übereinstimmenden Zeugenaussagen Arbeiter ausländischer Nationalität und zwar vornehmlich russische Arbeiter und Kriegsgefangene.“ Die erste bekannt gewordene Massenhinrichtung durch die Dortmunder Gestapo in der letzten Kriegsphase hatte bereits am 4. Februar im Arbeitserziehungslager Hunswinkel stattgefunden, wohin einige Beamte mindestens 14 russische Arbeiter mitgenommen und dort erschossen hatten. Vermutlich am 7. März 1945 wurden dann in Dortmund 29 Häftlinge, überwiegend „Ostarbeiter“ sowie vermutlich sechs deutsche Mitglieder einer Anfang Februar aufgedeckten kommunistischen Widerstandsgruppe aus Dortmund, in einem Bombentrichter auf der „Spielwiese“ in den Bittermarkwäldern südlich von Dortmund durch Genickschuss umgebracht. Einige Tage später wurden am gleichen Ort weitere 15 bis 20 und am 24. März erneut 15 bis 20 sowjetische Häftlinge erschossen. Am 30. März 1945 - Karfreitag - fand im Rombergpark, an einem Bombentrichter in der Nähe der Stadtförsterei, die nächste Exekution statt, bei der die aus Beamten der Gestapo und der Kriminalpolizei gebildeten Kommandos mindestens 42 Menschen ermordeten, darunter die Mitglieder einer französischen Theatergruppe aus Iserlohn, die der Spionage beschuldigt worden waren. In der Woche nach Ostern wurden - ebenfalls im Rombergpark - 15 weitere Häftlinge, unter ihnen mehrere Ostarbeiterinnen, erschossen; kurz danach wieder 34 Häftlinge im Waldgebiet des Rombergparks. Wahrscheinlich am 7. April an einem Bombentrichter auf freiem Ackergelände in unmittelbarer Nähe der Ortschaft Hacheneu weitere 60 Häftlinge - auf diese einsehbare und daher für die Zwecke der Gestapo nicht gut geeignete Stelle mussten die Exekutionskommandos ausweichen, weil die Bombentrichter im Rombergwald „voll“ waren. Am 8. oder 9. April - die Alliierten standen bereits unmittelbar vor Dortmund und die Dortmunder Dienststelle war bereits nach Hemer verlagert - wurde die letzte Erschießung der Gestapo in Dortmund vorgenommen. Offenbar in höchster Eile wurden drei ausländische Arbeiter, zwei Männer und eine Frau, zum Güterbahnhof in der Nähe der Dienststelle in

Dortmund-Hörde gebracht und dort erschossen.

Um den 8. April herum fanden sich schließlich die Beamten zahlreicher Gestapostellen des Ruhrgebiets in Hemer ein, die in der dortigen Oberschule Quartier nahmen und auf das Kriegsende warteten. Die Aufgabe der Gestapoleute bestand nur noch darin, sich gegenseitig zu bewachen, damit keiner vor den anderen verschwand und untertauchte. Dann entdeckte einer der Gestapoleute zufällig am 10. April neun für die Gestapo im Polizeigefängnis von Hemer einsitzende Häftlinge. Auf Anordnung des stellvertretenden Leiters der Dortmunder Stapostelle, Söchting, wurden daraufhin am 11. April 8 Ostarbeiter und ein Franzose an einem Bombentrichter an der Stadtgrenze von Hemer erschossen.

Der Zug der aus dem zerstörten Ruhrgebiet nach Osten ziehenden ausländischen Arbeiter aber wurde seit Anfang März 1945 immer größer, bis die an den Regierungsbezirk Arnsberg angrenzenden Gaue ihre „Grenzen“ gegen den Zustrom von Ausländern sperrten. Die Bewacher, meist Werkschutzleute aus den Industriebetrieben, hatten sich schon nach wenigen Tagen abgesetzt. So bildete sich in der Gegend um Meschede ein Stau. In den umliegenden Kleinstädten und Dörfern stieg die Zahl der ankommenden Fremdarbeiter stark an, die Unterbringungsmöglichkeiten in großen Lagern oder Hallen waren bald ebenso erschöpft wie die Lebensmittelversorgung. Infolgedessen verteilten sich viele Fremdarbeiter auf die umliegenden Wälder, um hier auf die Alliierten zu warten. Diese Situation wurde von den Nationalsozialisten als unhaltbar angesehen, und der Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar Albert Hoffmann ordnete am 16. März 1945 an: „Solche Ausländer, die sich abseits der Rückführungsstraßen bewegen oder herummarodieren, sind zu erschießen. Ich erwarte, daß hier scharf durchgegriffen wird.“

In der gleichen Gegend operierten zu dieser Zeit Einheiten der Division z.V., die die Aufgabe hatte, aus den Sauerländer Wäldern heraus die deutsche Wunderwaffe V2 zu verschießen. Ihr Divisionsstab lag in Suttrop, einem kleinen Ort bei Warstein. Dem Divisionskommandeur, dem Ingenieur und SS-General Kammler, fiel nun während einer Fahrt nach Warstein eine große Gruppe von Fremdarbeitern auf, die dort lagerten und Hühner rupften. Kammler teilte seinem Stab daraufhin mit, dieses Volk bilde eine ungeheure Gefahr für die Sicherheit, man solle „dieses Pack umlegen“. Mit Terrorakten seitens der sowjetischen Arbeiter müsse gerechnet werden; außerdem werde die Lebensmittelversorgung der deutschen Zivilbevölkerung durch die Ausländer gefährdet. Es gebe

nur noch die Alternative „Wir oder sie!“, also müsse eine größere Zahl Ostarbeiter erschossen werden. Noch am Abend des gleichen Tages, dem 20. März 1945, begab sich ein Kommando aus Wehrmachtssoldaten unter Führung des Divisionsrichters in die als Notaufnahmelager hergerichtete Schützenhalle in Warstein. Auf die Aufforderung, wer in ein anderes Lager wolle, solle sich melden, kamen viele der dort Wartenden heraus, durchweg Ostarbeiter: 56 Frauen, 14 Männer und ein sechsjähriges Kind; sie wurden von dem Kommando auf Lkws verladen, auf einer Wiese im Langenbachtal bei Eversberg hingerichtet und in Massengräbern verscharrt. Am nächsten Tag wiederholte sich der Vorgang: Ein Kommando fuhr zur Schützenhalle, lud „80 stämmige Ostarbeiter für den Arbeitseinsatz“ auf, fuhr mit ihnen zu einer Wiese zwischen Eversberg und Meschede und erschoss sie dort. Wenige Tage später folgte die dritte Exekution, bei der 57 Ostarbeiter - 35 Männer, 21 Frauen und ein Säugling - getötet wurden. Insgesamt fielen dem Ärger des Divisionskommandeurs über die umherstreifenden Ausländer mindestens 208 Menschen aus der Sowjetunion zum Opfer. Nur wenige Tage später, am 7. April 1945, wurde Warstein von amerikanischen Truppen befreit.

Welche Ausmaße diese Massentötungen bei Kriegsende annehmen sollten, lässt sich an dem Plan des Gauleiters Hoffmann erkennen, der den Dortmunder Polizeiführern am 26. März 1945 befahl, sämtliche ausländischen Arbeiter aus Dortmund, möglicherweise aber auch allein die aus der Sowjetunion zusammen zu holen und in den Zechen „auf den untersten Grubensohlen“ unterzubringen, zwischen 18.000 und 30.000 Menschen. Die Zechen sollten dann geflutet werden. Die Nachkriegsaussagen der verhörten Polizisten und der Angestellten der Kohlenzechen ergaben, dass es eine solche Anordnung zum Massenmord Hoffmanns tatsächlich gegeben hat, deren Ausführung aber durch die Weigerung der Bergwerksdirektoren, ihre Zechen dafür zur Verfügung zu stellen, verhindert worden ist. Diese mittlerweile gut erforschte Geschichte zeigt, in welchen Dimensionen des Verbrechens selbst die regionale NS-Führung in den Wochen vor Kriegsende dachte.

Die Zahl der Opfer in den letzten Kriegswochen ist auch für das Ruhrgebiet nicht annähernd feststellbar. Berücksichtigt man, dass nur die gerichtsnotorischen Fälle erfasst werden können, so sind allein im Ruhrgebiet mehr als Tausend ausländische Arbeiter in den letzten Kriegswochen den Mordkommandos der Gestapo zum Opfer gefallen. Für das gesamte Deutsche Reich ist diese Zahl nicht einmal schätzbar.

Worin lagen die Motive der NS-Funktionäre und Gestapo-Männer für diese Massaker kurz vor Kriegsende? Das eine ist in der Mentalität der Gestapo-Beamten zu suchen: Die Auflösung der Kommandokette vom Berliner Reichssicherheitshauptamt über die Gestapoleit- und -außenstellen bis zum einzelnen Gestapo-Beamten stellte vor allem die mittleren Dienststränge vor weitreichende Entscheidungen, denen sie bis dahin nicht ausgesetzt waren - eine Stunde der Bewährung, in der sich Langgelerntes anwenden ließ: treu zu seinen Prinzipien zu stehen, auch wenn alles um einen herum zusammenbricht.

Wie angedeutet, hatte ein großer Teil der Beamten zuvor bei den Kommandos von Sicherheitspolizei und SD in der Sowjetunion, aber auch in Griechenland oder Italien, Dienst getan und dort an der Exekution tausender und zehntausender Menschen mitgewirkt, sodass diese Männer bereits völlig enthemmt und verroht waren, als sie am Ende wieder auf Reichsgebiet eingesetzt wurden. Dementsprechend agierten sie auch, zumal wenn es sich bei den Opfern um Arbeiter aus der Sowjetunion handelte.

Ein wichtiges Motiv für den Umgang mit den Ostarbeitern war zudem die „Rache“, nicht nur bei der Gestapo, sondern auch bei den vielen kleinen Werkschutzleuten und Volkssturm-Männern, die in den letzten Kriegsmonaten an der Jagd auf Ostarbeiter beteiligt waren und an ihnen ihre Wut über die Bombardierungen und die militärische Niederlage vor allem gegenüber der Roten Armee ausließen.

Vor allem aber waren die Gestapo-Leute im Frühjahr 1945 davon überzeugt, dass es eine Nachkriegsperspektive für sie in einem besiegten Deutschland nicht geben würde. Aus dieser Erwartung heraus speiste sich das in den Quellen oft anklingende sehr persönliche und besonders brutale Interesse Einzelner an den Erschießungen. Der Reichsführer SS Himmler hatte das im privaten Kreis so formuliert: „Wenn das nationalsozialistische Deutschland zerstört werden wird, dann sollen seine Feinde und die Verbrecher in den Konzentrationslagern nicht die Genugtuung haben, unserem Untergang als triumphierende Eroberer zu entkommen. Sie sollen am Untergang teilhaben. Das sind die direkten Befehle des Führers, und ich habe dafür zu sorgen, dass sie bis ins letzte Detail ausgeführt werden.“

Die Tötung von ausländischen, überwiegend sowjetischen Arbeitern war oft die letzte Handlung der Gestapo-Männer, bevor sie sich Zivilkleidung anzogen, ihre Waffen versteckten und untertauchten - bis manche von ihnen dann

drei, vier Jahre später als frisch eingesetzte Polizeibeamte in den Ruhrgebietsstädten wieder auftauchten.

So wurde in der letzten Phase des Krieges auch hier im Ruhrgebiet wie zuvor an hunderten und tausenden Orten Europas und vor allem Osteuropas das Ausmaß der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft unmittelbar vor Augen geführt. Die Todesmärsche der KZ-Häftlinge, die Massaker an Ausländern, die Ermordung deutscher Widerstandsaktivisten, aber auch von Deserteuren oder solchen Deutschen, die gegenüber den anrückenden alliierten Truppen kapitulieren wollten – dies geschah nun in Deutschland selbst und machte die Deutschen zu Zeugen einer Schreckensherrschaft, die alle bisher gekannten Dimensionen überstieg. Dabei hatte sich eine Art von Komplizenschaft zwischen der NS-Führung und Teilen der deutschen Bevölkerung entwickelt, die sich aus dieser Verbindung bis zum Schluss nicht lösen konnte. Das Ausmaß der Zerstörung, die Zahl der Ermordeten und Gefallenen, der Verstümmelten und Verwundeten, der Unbehausten, der Flüchtlinge, der Waisen am Ende des Krieges war nahezu unfassbar. Der Kontinent war vom Atlantik bis zur Krim zu großen Teilen verwüstet. Und es gibt jenseits der KZ-Gedenkstätten in Deutschland nur wenige Orte, an denen die Furchtbarkeit und das Ausmaß an nationalsozialistischen Mordexzessen so unmittelbar vor Augen tritt wie hier in der Bittermark und im Rombergpark in Dortmund.

Literatur:

- Blatman, Daniel: Die Todesmärsche 1944/45. Das letzte Kapitel des nationalsozialistischen Massenmords, Reinbek bei Hamburg 2011.
- Dortmund, Karfreitag 1945. Die Massenerschießungen in der Bittermark und im Rombergpark, hg. von der Stadt Dortmund, Büro für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Dortmund 1995.
- Günnewig, Markus: Kriegsende 1945. Massenmord in Dortmund, in: Heimat Dortmund 1/2015, S. 20-28.
- Günnewig, Markus: Rassenwahn und Massenmord. Die Gestapo im zweiten Weltkrieg am Beispiel der Staatspolizeistelle Dortmund, in: Wolfgang Schulte (Hg.): Die Polizei im NS-Staat, Frankfurt 2009, S. 105-137.
- Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin/Bonn 1985, Neuausg. Bonn 1999.
- Herzog, Wilhelm: Von Potempa bis zum Rombergpark. Nüchtern und sachlicher Bericht vom Beginn der Barbarei in Deutschland bis zu den Massenmorden der Gestapo an Widerstandskämpfern aus der Sowjetunion, Polen, Jugoslawien, Frankreich, Belgien, Holland und Deutschland vom 7. März - 12. April 1945 im Rombergpark und in der Bittermark, Dortmund 1955.
- Heusler, Andreas: Die Eskalation des Terrors. Gewalt gegen ausländische Zwangsarbeiter in der Endphase des Zweiten Weltkriegs, in: Bernd-A. Rusinek (Hg.): Kriegsende 1945. Verbrechen, Katastrophen, Befreiungen in nationaler und internationaler Perspektive, Göttingen 2004, S. 172-182.
- Kanther, Michael A.: Zwangsarbeit in Duisburg 1940-1945, Duisburg 2004.
- Kershaw, Ian: Das Ende. Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45, München 2011.
- Klemp, Stefan: Junge, lass das mal sein. Das Scheitern der Ermordung von 30.000 Zwangsarbeitern im Ruhrgebiet, in: Heimat Dortmund 1/2015, S. 29-36.
- Paul, Gerhard, Primavesi, Alexander: Die Verfolgung der ‚Fremdvölkischen‘. Das Beispiel der Staatspolizeistelle Dortmund, in: Gerhard Paul, Klaus Michael Mallmann (Hg.): Die Gestapo - Mythos und Realität, Darmstadt 1995, S. 388-401.
- Rusinek, Bernd-A.: Gesellschaft in der Katastrophe. Terror, Illegalität, Widerstand - Köln 1944/45, Essen 1989.
- Sander, Ulrich: Mord im Rombergpark. Tatsachenbericht, Dortmund 1995.

Ulrich Herbert, geb. 1951, ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau. Von 1980 bis 1985 war er Mitarbeiter in dem von Lutz Niethammer geleiteten Forschungsprojekt „Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960“. 1985 wurde er mit einer Arbeit über „Fremdarbeiter“ im „Dritten Reich“ promoviert. Bis heute ist dies ein Standardwerk zum Thema Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg. Seine Habilitationsschrift an der Fernuniversität Hagen 1992 behandelte die Biographie des Nationalsozialisten Werner Best, dessen Werdegang Herbert von den Anfängen als völkisch-radikaler Student über die Position des Stellvertreters von Reinhard Heydrich im Reichssicherheitshauptamt bis zu seinem Wiederaufstieg in der Nachkriegszeit als Justitiar bei Stinnes verfolgt. Herbert hat zahlreiche weitere Publikationen vorgelegt, vor allem zur Geschichte des Nationalsozialismus, der Migrationsgeschichte im 20. Jahrhundert und der Geschichte der Bundesrepublik. 2014 erschien seine maßgebliche Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert.

Impressum:

Herausgeber: Stadt Dortmund, Kulturbetriebe, Stadtarchiv
Redaktion: (verantwortlich) Dr. Stefan Mühlhofer